

Reinhard Riese

„Ich hatte weitgehende Pläne ...“

Erich Ross und die Firma Teroson 1930–1950

Die vorliegende Studie widmet sich der Entwicklung der Heidelberger Chemiefirma Teroson von einem kleinen Familienbetrieb zu einem mittelständischen Industrieunternehmen. Geprägt wurde dieser Aufstieg zwischen 1930 und dem Beginn der 1950er Jahre von Erich Ross, dem Firmenchef der 2. Generation. Welche Haltung nahm er gegenüber der NS-Ideologie und dem NS-Staat ein? War er ein überzeugter Anhänger des Nationalsozialismus oder ein tüchtiger Unternehmer, der sein Verhalten im Interesse der Firma dem NS-System anpasste? In welchem Maße begünstigten der Wirtschaftsaufschwung der 1930er Jahre, die Aufrüstung und die Kriegswirtschaft den wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens? Wie überstand Ross die Zeit der amerikanischen Besatzung und wie führte er den Ausbau der Firma in der frühen Bundesrepublik fort?

Die ersten 30 Jahre – ein handwerklicher Familienbetrieb

Die Keimzelle der Teroson-Werke lag in einem kleinen Familienbetrieb, den der 30-jährige Kaufmann Theodor Roß (1868–1939) 1898 in Mannheim gründete.¹ Er vertrieb zunächst Seifen, Putz- und Pflegemittel für den Haushaltsgebrauch; seit 1907 spezialisierte sich die Firma auf die Herstellung und den Verkauf chemischer Produkte („Terosin“). In den Standortwechseln der Firma während der folgenden zwei Jahrzehnte spiegelt sich das Auf und Ab des geschäftlichen Erfolgs wider. 1914 konnten Produktion und Verkauf räumlich getrennt und ein eigenes Verkaufsgeschäft in P 5,4 eröffnet werden. Die positive Entwicklung seiner Firma veranlasste Roß zu einem gewagten Schritt, als er im Juli 1918 das Wohnhaus Weberstraße 9 im „vornehmen“ Teil Heidelberg-Neuenheims erwarb. Die Produktions- und Verkaufsstätte blieb noch bis September 1924 in Mannheim. Dann erzwangen Wirtschaftskrise und Inflationsfolgen Roß zu einschneidenden Maßnahmen: Er gab die Räume in Mannheim auf und produzierte fortan in einem 12 qm großen Raum in Heidelberg, Neckarstadt 10. Im gleichen Jahr musste er das Wohnhaus in der Weberstraße „aus wirtschaftlichen und finanziellen Gründen“ aufgeben. Der Ersatz – ein Neubau in den „Gabelsäckern“ im Westen Neuenheims – scheiterte an fehlendem Eigenkapital.²



Theodor Roß (Quelle: 90 Jahre, wie Anm. 1, S. 2)

Bis Ende der 1920er Jahre wurde in handwerklicher Produktionsweise gearbeitet. Heinrich Zimmermann (geb. 1911), der 1928 als erster kaufmännischer Lehrling und erstes Nicht-Familienmitglied eingestellt wurde, schildert die Arbeit in dem kleinen Werkstattraum am Neckarstaden sowie den „Vertrieb“:

„Der Fabrikationsraum war mit zwei kleinen Rührern à 100 ltr. Inhalt und einer kleinen Zinkbadewanne als ‚Mischgefäß‘ eingerichtet. Mit dieser äußerst bescheidenen Produktionsanlage stellte man dort im Wesentlichen drei bis vier Artikel her, nämlich Teroson-Motorgehäusekitt (MK 26), Teroson-Fluid (= ‚Flüssige Dichtung‘), Teroson-Fix (= ‚Kühlerdichtung‘), Teroson-Paste (= ‚Ventileinschleifpaste‘). Der ‚Versand‘ dieser Artikel erfolgte seinerzeit in gebrauchten Kartons und Kisten, die bei den Großhändlern in der näheren Umgebung mit einem Handwagen [vom Lehrling] zusammengeholt wurden.“³



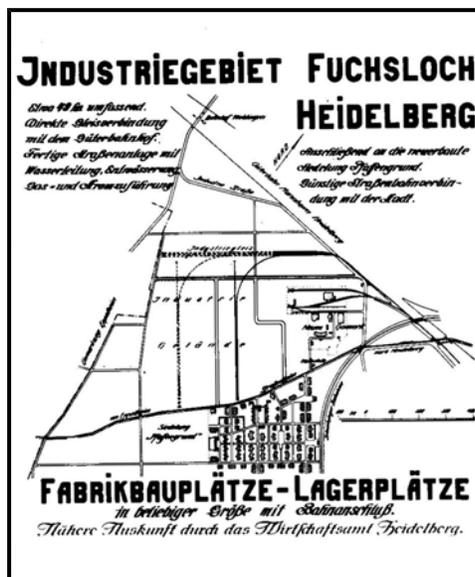
Erich Ross (Quelle: 90 Jahre, wie Anm. 1, S. 2)

Die Schwerpunktverlagerung hin zur Automobilchemie – eine zukunftsweisende Idee des Firmengründers – und die Erhöhung der Beschäftigungszahl auf sechs Mitarbeiter machten 1929 einen Umzug in den gewerblich geprägten Stadtteil Bergheim nötig. Produktionsräume und Geschäftsstelle waren in der Bergheimerstraße 101a, bald darauf im Eckhaus zur Alten Eppelheimer Straße untergebracht. Die Wohnung verblieb am Neckarstaden. Schon in jungen Jahren übernahm der Sohn des Firmengründers, Erich Ross (in geänderter Schreibweise; 1907–1970), größere Verantwortung; wegen der Krankheit seines Vaters wurde er 1933 Geschäftsführer. Von da an firmierte der Betrieb unter dem Anagramm TEROSON („Theodor Roß und Sohn“), 1936 wurde Erich Ross alleiniger Firmeninhaber; drei Jahre später starb sein Vater.

Die Firma im Pfaffengrund und die Entwicklung zum Industrieunternehmen

1934 – genau zehn Jahre nach der Verlegung der Fabrikation von Mannheim nach Heidelberg – wagten Firmengründer Theodor und Geschäftsführer Erich Ross die räumliche Verlagerung der Produktionsstätte in den Westen Heidelbergs. Schon 1921 hatte die Heidelberger Stadtverwaltung erstmals in aktiver Industriepolitik beschlossen, ein neues Gewerbegebiet zu erschließen, um neue Arbeitsplätze zu schaffen und das Gewerbeaufkommen der Stadt dauerhaft zu erhöhen. Dafür war das Areal nördlich der neu entstandenen „Gartensiedlung“ Pfaffengrund zwischen Eppelheimer Straße, Eisenbahnstrecke und Eppelheimer Gemarkungsgrenze, das sogenannte „Fuchsloch“, vorgesehen. Die Realisierung gestaltete sich allerdings angesichts der wirtschaftlichen Lage in den 1920er Jahren schwierig und glückte erst in den 1930er Jahren.⁴

Die Ansiedlung der Fa. Teroson am bis heute bestehenden Standort, Pfaffengrund Hans-Bunte-Straße 4, bedeutete nicht nur eine Standortveränderung mit Erweiterungsmöglichkeiten, sondern markierte auch den Übergang vom handwerklichen Familienbetrieb zum Industrieunternehmen. Zunächst bezog die Firma 1934 ein einfaches einstöckiges Verwaltungsgebäude und einen Speicherschuppen als Dosenlager. Dann wurden in schneller Abfolge innerhalb von vier Jahren auf dem Werksgelände fünf Produktionsgebäude – Mischereien und Lagerhallen – erbaut.⁵ 1938 wurde ein neues Zentrallabor für Entwicklung und Qualitätskontrolle eingerichtet – äußeres Zeichen für die Verwissenschaftlichung der Produktentwicklung. Die Leitung übernahm Edmund Schneider als erster „Chef-Chemiker“; unter seiner Ägide wurde ein Klebstoff für die Schuhherstellung entwickelt und erfolgreich vermarktet.⁶



Das neue Industriegebiet im Pfaffengrund (Quelle: Blum: Aufbruch, wie Anm. 4)

Die Firmengeschichte während der NS-Herrschaft wird in den „offiziösen“ Darstellungen erkennbar knapp und einseitig behandelt. Für die Zeit bis 1939 werden die Erfolge des Unternehmers Erich Ross (Produktionsneuheiten, Neubauten) positiv hervorgehoben. Dann stehen die Schwierigkeiten während des Zweiten Weltkrieges im Vordergrund.

„Die TEROSON-Produkte waren in der Branche eingeführt und hatten wegen ihrer hohen Qualität einen guten Namen. [Nach 1940] gab es im Betrieb Schwierigkeiten: Die Personalsituation wurde kritisch und durch die laufenden Einberufungen kam die Produktion fast zum Erliegen. [...] Durch wirkungsvolle Zusammenarbeit mit den für die Motorisierung maßgebenden Stellen der Behörden und der Industrie gelang es [dem Firmenchef], den Betrieb über die Kriegsjahre aufrechtzuerhalten.“⁷

So berichtet das Jubiläumsheft von 1963. In einem Aufsatz aus dem Jahre 2000 heißt es:

„Mangel an Rohstoffen und Personal sind zwar für die Kriegsjahre kennzeichnend, dennoch zeigt sich der Unternehmergeist von Erich Ross gerade auch in der Realisierung seiner Bauvorhaben. Trotz zahlreicher Baubeschränkungen findet er fast immer einen Weg, seine Bauvorhaben Schritt für Schritt umzusetzen.“⁸

Die Versorgung mit Rohstoffen und Baumaterial konnte nur sichergestellt werden, wenn die NS-Führung die Produktion als „kriegswichtig“ einstufte. Die zitierten Darstellungen anhand der Archivalien zu überprüfen, zu ergänzen und – wenn nötig – zu korrigieren, ist ein Ziel der folgenden Untersuchung.

Erich Ross – der Nationalsozialist

Schon im September 1930 trat der 23-jährige Ross in die NSDAP ein. Ob vor oder nach den Reichstagswahlen vom 14. September 1930, lässt sich nicht feststellen. Bei diesen Wahlen steigerte die NSDAP ihr Ergebnis im bürgerlichen Heidelberg von 4,3% (1928) auf 30,2% – weit über ihren Stimmenanteil im Reich (18,3%) hinaus. Bei den Kommunalwahlen am 16. November desselben Jahres erhöhte die Heidelberger NSDAP ihr Ergebnis nochmals auf 35,7% auf Kosten der bürgerlichen Parteien und durch die Mobilisierung bisheriger Nichtwähler. Auf der NSDAP-Liste für die Kommunalwahl dominierten die Selbstständigen (38,7%) vor den Angestellten (28,3%).⁹

In dieses Zahlenbild fügen sich die Person von Ross und seine Entscheidung nahtlos ein. Als „bis dahin unpolitischer Mensch“ – so seine Stellungnahme vom 27. Februar 1947 im Spruchkammerverfahren – habe er den wirtschaftlichen Niedergang mittlerer und Kleinbetriebe wie den der Firma seines Vaters selbst miterlebt. Dafür verantwortlich sei die „Unfähigkeit der ständig wechselnden Regierungen und der unzähligen sich einander und die jeweilige Regierung bekämpfenden Parteien“ gewesen, also das Parteiensystem der vielfach geschmähten Weimarer Demokratie. Von der Weltwirtschaftskrise als globaler Ursache spricht er nicht. „Aus wirtschaftspolitischer Erwägung, die allerdings ideelle Beweggründe einschloss“, versprach er sich Hilfe von der „sich damals noch einfach gebende[n] NSDAP“. ¹⁰ Diese Partei vereinte seiner Meinung nach nationale und sozialistische Ziele und hatte „schon eine breite Anhängerschaft gefunden“. Die Hoffnung auf einen Wirtschaftsaufschwung durch eine autoritäre Führung bestimmte also seine Entscheidung von 1930, in die NSDAP einzutreten.

Ross blieb einfaches Mitglied der Partei und trat 1936 als Unternehmer der Deutschen Arbeitsfront (DAF) bei – „mehr oder weniger notgedrungen“, ohne irgendein politisches Amt zu bekleiden. Im Herbst 1933 habe er erwogen, wegen der politischen Methoden der Hitler-Regierung aus der Partei auszutreten. Freunde hätten ihn aber vor den wirtschaftlichen Folgen für seine Firma gewarnt. „Ich hatte weitgehende Pläne, was die Organisation und die Fertigung anlangte, und befürchtete Störungen von Seiten der Partei, falls ich austreten würde.“¹¹ Er blieb bis 1945 Parteimitglied, auch wenn er – seinem eigenen Zeugnis nach – die antisemitischen Gewaltaktionen des NS-Regimes und Hitlers Kriegspolitik ablehnte. „Meinem ganzen Wesen widersprach der immer mehr in Erscheinung tretende militaristische Umtrieb der Partei und der Staatsführung.“¹² Solche Kritik soll er in Privatgesprächen recht unverhohlen geäußert haben. Offensichtlich war Ross kein aktiver oder gar fanatischer Nazi. Wenn er sich aber nach 1945 als „ein überzeugter und bald auch offener Gegner des Nazismus“ charakterisierte, ist dies damit zu erklären, dass er sich vor der Spruchkammer zu rechtfertigen suchte.

Erich Ross – Profiteur des NS-Regimes?

Im Vertrauen auf die Wirtschaftspolitik der neuen Machthaber und in Erwartung eines Konjunkturaufschwungs investierte Ross seit 1934 in Produktionsanlagen und Fabrikgebäude, was die Produktivität des Betriebes innerhalb von drei Jahren mehr als verdoppelte. Als Personengesellschaft war die Firma nicht verpflichtet, ihre Bilanzen offenzulegen. In der Spruchkammerakte hat sich freilich das Gutachten eines

Wirtschaftsprüfers vom Juni 1948 erhalten, das Einblick in die stürmische Aufwärtsentwicklung der Firma gewährt.¹³

Einheitswerte des Betriebsvermögens in RM

1. 1. 1935	16.700
1. 1. 1936	54.400
1. 1. 1937	40.900
1. 1. 1938	61.000
1. 1. 1939	73.800
1. 1. 1940	191.800
1. 1. 1941	304.500
1. 1. 1944	668.000
1. 1. 1946	940.000

Umsatz und Gewinne stiegen nach einer zögerlichen Entwicklung, die durch die Investitionskosten bedingt war, seit 1937 stark an.

	Verkaufserlöse	in RM	Gewinne	
1931	ca. 90.000		3.145	
1932	ca. 90.000		3.399	
1933	ca. 100.000		5.027	
1934	169.000	Verlust	4.250	
1935	240.000		32.700	
1936	531.000		20.174	
1937	484.000		77.720	
1938	526.000		102.274	
1939	830.000		93.500	davon an die Finanzkasse abgeführt
1941	1 875.000		314.196	161.000
1941	3 750.000		604.225	471.670
1943	4 449.000		648.075	420.000
1944	5 404.000		1 062.000	698.900

Die Teroson-Produkte der Autochemie fanden dank der steigenden Motorisierung großen Absatz; daneben wurden Klebstoffe für den Haushalt und die Schuhherstellung produziert. Die Behauptung, der Zweite Weltkrieg habe die Entwicklung der Firma gebremst, wird durch die Zahlen eindeutig widerlegt. Ganz im Gegenteil belieferte die Firma die Zentrale Beschaffungsstelle des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW) für Kraftfahrzeug-Ersatzteile, Zubehör und Werkzeuge mit ihren Produkten; geschätzt 90% gingen in den Rüstungsbedarf.¹⁴ Die Nachfrage nach Teroson-Produkten wuchs auch deshalb, weil viele Konkurrenzunternehmen in industriellen Ballungsgebieten durch die alliierten Luftangriffe beeinträchtigt waren.

Die wenigen Angaben über die Zahl der Beschäftigten bestätigen die starke Aufwärtsentwicklung:

1930	4–6	Beschäftigte
1935	ca. 35	Beschäftigte
1940	91	Beschäftigte
1941	126	Beschäftigte
1942	164	Beschäftigte (davon 131 deutsch, 47 männlich, 84 weiblich).

Von den 131 deutschen Beschäftigten waren 20 zur Wehrmacht eingezogen. An ihrer Stelle waren im August 1942 38 Fremdarbeiter eingesetzt, im Dezember 1942

32 russische Frauen und 19 französische Kriegsgefangene, also insgesamt 51 Zwangsarbeiter.¹⁵ Die Personalstärke von 160 Beschäftigten wurde erst wieder in der Nachkriegszeit überschritten (1960: 472, 1970: 1350 Beschäftigte). Dass Erich Ross und seine Firma in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht von der NS-Wirtschaft profitiert haben, ist unbestreitbar. Seine frühe Parteimitgliedschaft hat ihm dabei zweifellos genützt. Unmittelbar vor dem Einmarsch der US-Truppen im März 1945 gaben die örtlichen NS-Stellen in Anlehnung an Hitlers berüchtigten „Nero-Befehl“ die Weisung „Lahmer Hund“ bzw. „Fauler Hund“ aus, alle Produktionsanlagen zu zerstören. Wie viele andere befolgte Ross diesen unsinnigen Befehl nicht mehr.¹⁶

Die günstige Entwicklung der Firma ermöglichte es Erich Ross, schon im August 1938 für 30.000 RM in einer hervorragenden Wohnlage die 1910 erbaute, repräsentative Villa am Neckarufer in der Ziegelhäuser Landstraße 65 zu erwerben.¹⁷ So erfüllte sich für den Sohn der Traum, mit dem sein Vater 1924 gescheitert war.

Erich Ross – der „Betriebsführer“

In der Belegschaft (131), die vollständig in der DAF organisiert war, waren die Parteimitglieder (11) relativ gering vertreten. Die Firmenleitung gehörte allerdings vollständig der NSDAP an. Für die Belange seiner „Gefolgschaft“ – so der damalige Sprachgebrauch – kümmerte sich Ross, veranstaltete Weihnachtsfeiern mit der Verteilung kleiner Geschenke und schuf u.a. ein betriebsinternes Versorgungswerk. Dafür zeichnete ihn die DAF 1940 mit dem „Gaudiplom“ aus und würdigte ihn 1941 „in Anerkennung [seines] erfolgreichen Einsatzes im Leistungskampf der deutschen Betriebe“.¹⁸

„Die Warte [Vertrauensleute der DAF] sind auf besondere Anweisung des Betriebsführers, der selbst alter Pg. ist, gehalten, auf die politische Ausrichtung des Betriebsgeistes ihr gesteigertes Augenmerk zu richten. Es kann hier gesagt werden, daß die Betriebsgemeinschaft auch in politischer Hinsicht voll im Zeichen der Zeit steht.“¹⁹

So wurde die ideologisch systemkonforme Ausrichtung der Belegschaft 1942 in einem Bericht an die DAF bekräftigt. Entsprach sie der Realität oder war sie auf die Erwartung der Adressaten ausgerichtet? Im Jahre 1947 bewertete Hugo Stemberg, bis 1945 als Assistent der Firmenleitung engster Mitarbeiter von Ross und selbst Parteimitglied, derartige Aussagen: Ross habe die Einmischung von DAF und NSDAP in die innerbetriebliche Organisation auf das Schärfste bekämpft. Durch den Hinweis auf die langjährige Parteimitgliedschaft des Firmenchefs sollten die NS-Organisationen von unerwünschten Nachfragen abgehalten werden.²⁰ Gleichzeitig wollte Stemberg mit solchen Erklärungen im Vorfeld der Spruchkammerverfahren seinen ehemaligen Chef und sich selbst entlasten.

Wie wichtig die Parteimitgliedschaft für einen Unternehmer sein konnte, zeigt ein Blick auf die Firma Carl Freudenberg in Weinheim, die als Weltunternehmen freilich in einer ganz anderen Liga spielte. Die rüstungspolitische Bedeutung des Unternehmens wurde 1938 durch die Auszeichnung des Firmenchefs Richard Freudenberg (1892–1975) als „Wehrwirtschaftsführer“ gewürdigt. Aber das Misstrauen der Partei gegen die Familie Freudenberg wegen ihrer liberalen Tradition und ihrer persönlichen Kontakte in die Schweiz ließ der Unternehmensführung 1943 keine andere Wahl, als kollektiv der NSDAP beizutreten.²¹

Durch Zufall hat sich die Ansprache von Erich Ross bei der Weihnachtsfeier der Belegschaft am Jahresende 1943 als Konzept erhalten.²² Ross schlägt einen nationalistisch-militaristischen Ton an. Der Krieg sei Deutschland von den Alliierten aufgezwungen worden, die mit unredlichen Mitteln wie dem „unmenschlichen Bombenterror“ deutsche Städte zerstörten. Ross beschwört die Solidarität der Heimat mit der Front und verherrlicht die Opferbereitschaft der deutschen Soldaten, die „im Osten gegen den Ansturm bolschewistischer Bestialität“ kämpften. „Um Sein oder Nichtsein, um Freiheit oder Knechtschaft, um edle Arbeit oder Sklaverei wird gerungen.“ Im Namen der Belegschaft gelobt er, die Gesamtleistung im kommenden Jahr 1944 zu steigern. Nur durch vermehrte Anstrengungen sei der „Endsieg“ zu erringen. Auffällig ist, welche Begriffe und Namen in der Rede völlig fehlen: Nationalsozialismus, Führer, Hitler, Regierung, Gefolgschaft, Volksgemeinschaft. Am Ende der Rede durfte allerdings der obligatorische „Deutsche Gruß“ „Heil Hitler“ nicht fehlen.

Zu dieser relativen Distanz passt es, dass Ross im Betrieb kein Parteiabzeichen trug, nicht mit „Heil Hitler“ grüßte und die Parteimitglieder in der Belegschaft nicht bevorzugt haben soll.²³ Gleichzeitig hielt Ross aber den nötigen Kontakt zu den lokalen NS-Größen, die er regelmäßig zu den Betriebsfeiern einlud. Nur ein einziges Mal nahm Kreisleiter Wilhelm Seiler (1891–1975) diese Einladung an. Zu Seiler hatte Ross außerdem einen direkten Draht durch den Steuerberater Wilhelm Merle (1898–1961), der damals auch für die Kreisleitung Heidelberg tätig war. Seit 1936 beriet Merle die Firmenleitung und war auch nach 1945 für Ross ein geschätzter „Freund und Berater“.²⁴

Einigen politisch oder „rassisch“ Belasteten oder Verfolgten half Ross dadurch, dass er sie in seiner Firma beschäftigte, so Otto Rüdiger Bieringer, Johann Barié und Hildegard Nagelstein. Prominentes Beispiel ist der SPD-Funktionär und Gewerkschaftler Josef Amann (1879–1971), der seit 1933 verfolgt wurde. Nach längerer Arbeitslosigkeit wurde er als Portier und Telefonist eingestellt, stieg aber trotz seiner antifaschistischen Gesinnung rasch zum Versandleiter auf. Im Sommer 1944 wurde Amann erneut verhaftet und nach Dachau deportiert. Während seiner Haft zahlte Ross das Gehalt an die Familie weiter. Nach Kriegsende war Amann Bürgermeister in Heidelberg.²⁵

Beschäftigung von Zwangsarbeiter/innen bei Teroson

Wie andere Betriebe beteiligte sich die Firma Teroson im Zweiten Weltkrieg an der Ausbeutung ausländischer Zwangsarbeiter und profitierte von deren Arbeitskraft. In Deutschland waren im gesamten Industriezweig Chemie knapp ein Drittel der Arbeitskräfte ausländische Zwangsarbeiter – so auch bei Teroson. Im Werk arbeiteten am Jahresende 1942 19 französische Kriegsgefangene und 32 „Ostarbeiterinnen“, d.h. russische oder ukrainische Zwangsarbeiterinnen. In der Behandlung und Ausbeutung der Arbeitsleistung galt generell die „Hierarchie des Rassismus“: Deutsche – Westarbeiter – Ostarbeiter.²⁶ Die Kriegsgefangenen waren in einem Stalag (Mannschaftsstelllager) untergebracht, das der Wehrmacht unterstand. Ihre Lebensbedingungen und ihre Entlohnung waren schlecht, aber vergleichsweise besser als die der Zwangsarbeiterinnen. Diese waren der DAF unterstellt und im ehemaligen Gasthaus „Deutscher Hof“ in Eppelheim sehr schlecht untergebracht und unzureichend versorgt.²⁷

Innerhalb des Teroson-Werkes selbst scheinen die ausländischen Arbeitskräfte relativ ordentlich („einwandfrei“) behandelt worden zu sein – so die Aussage des früheren Betriebsleiters Edmund Schneider nach 1945. „Die Arbeitsbedingungen waren normal und der allgemeinen Geschäftsordnung angepasst.“ Die Arbeitskräfte seien keinen „Schikanen oder Repressalien ausgesetzt“ gewesen. Die Firmenleitung habe die Rationen in der Werksküche aufgebessert und für ausreichende sanitäre Anlagen gesorgt.²⁸ Diese Beschreibung wird durch andere Aussagen bestätigt, die von ganz unterschiedlichen Beschäftigten stammen, darunter auch ehemaligen französischen Kriegsgefangenen.²⁹ Aber was heißt unter den damaligen Kriegsverhältnissen „einwandfrei“? Welcher Quellenwert kommt solchen „Persilscheinen“ zu, die in der Absicht verfasst waren, die Firmenleitung zu entlasten? Es scheint fast aussichtslos, aus diesen Entlastungszeugnissen ein objektives Bild von den tatsächlichen Lebensverhältnissen der Zwangsarbeiter/innen zu gewinnen. Die Person des Hausmeisters und zeitweiligen Lagerleiters Ludwig Stotz passt jedenfalls nicht in das positive Gesamtbild. Mit einer Hundepeitsche bewaffnet und als Spitzel tätig, soll er ein Schreckensregiment geführt haben. Ross habe sich über ihn so geäußert: „Stotz ist der größte Lump, Spitzbube und Quertreiber im Werk, [...] aber er ist mein willigstes Werkzeug, das mir alles Material liefert.“³⁰ Auf Verstöße gegen die Arbeitsdisziplin – wie den Diebstahl von Brennspiritus durch die „Ostarbeiterinnen“ oder die Weigerung der Franzosen, in Schwerstarbeit einen Graben auszuheben – reagierte die Firmenleitung meist mit der Drohung, freiwillige Leistungen einzustellen, und nicht mit harter Bestrafung.³¹

Tragisch endete ein Vorfall im Leben einer ukrainischen Zwangsarbeiterin. Maria Melnek (auch: Melnik; geb. 1916), die der Firma seit Mai 1942 von der DAF als Hilfsarbeiterin zugeteilt war, und der französische Arbeiter René Wechsler waren im März 1943 während der Mittagspause in der Packerei bei einem intimen Beisammensein überrascht worden. Der deutsche Arbeiter Peter Büchler meldete den Vorfall an die Betriebsleitung. Die beiden Beteiligten hatten ohne Zweifel gegen die Betriebsordnung verstoßen, was bei deutschen Arbeitern mit der fristlosen Kündigung geahndet worden wäre. Ostarbeitern drohte in diesem Fall die Todesstrafe, Ostarbeiterinnen die Einweisung in ein KZ – so ein in Leipzig erhaltenes Merkblatt der DAF.³² Ross und seine engsten Mitarbeiter wussten genau, welche schlimmen Konsequenzen eine Meldung für die beiden Beteiligten haben würde. Aber sie glaubten, den Vorfall nicht stillschweigend übergehen oder betriebsintern regeln zu können, weil er im Betrieb rasch bekannt wurde und damit auch an die NS-Behörden gemeldet werden könnte.³³

Die Folgen waren für die beiden höchst unterschiedlich. Der französische Arbeiter wurde an das zuständige Stammlager zurückgegeben, kehrte aber nach vier Wochen in die Firma zurück. Wegen der „Ostarbeiterin“ wurde die zuständige Dienststelle der DAF informiert. Maria Melnek wurde – so eine Aussage³⁴ – von der Gestapo abgeholt und mit unbekanntem Ziel, möglicherweise in ein KZ deportiert. Gegen Kriegsende wurde der Lagerleiter Georg Barth in Eppelheim beauftragt, ihre dort verbliebene Kleidung unter die anderen Zwangsarbeiterinnen zu verteilen. Mit großer Wahrscheinlichkeit hat Maria Melnek nicht überlebt; ihr Schicksal sollte im Spruchkammerverfahren von Erich Ross noch eine Rolle spielen.

1945/46 – Zeit der Entnazifizierung

Nach dem Ende der NS-Herrschaft und seit dem Beginn der US-Besatzung waren alle Bemühungen von Erich Ross darauf gerichtet, die Verfügungsgewalt über seine Firma zu behalten. Als „Alt-Pg.“ standen die Chancen dafür denkbar schlecht. Allerdings hatte die US-Militärbehörde zunächst keine genauen Direktiven für die Entnazifizierungspraxis in der Privatwirtschaft erlassen. Durch Vermittlung der Handelskammer Heidelberg nahm Ross Gespräche mit Dr. Walter Baur (geb. 1884) auf, der politisch unbelastet war. Er hatte seine bisherige leitende Tätigkeit bei dem Mannheimer Metallbetrieb Joseph Vögele aufgrund der schlechten Wirtschaftslage aufgeben müssen. Er versuchte Ross davon zu überzeugen, wegen seiner Mitgliedschaft in der NSDAP die Geschäftsleitung niederzulegen.³⁵ Nach einigem Zögern schied Ross als Geschäftsführer und als Teilhaber auf Anraten seines Anwalts Otto Bieringer und von Walter Baur aus der Firma aus. Letzterer wurde im Juli 1945 als Geschäftsführer auf fünf Jahre eingestellt; die Firma wurde am 8. August 1945 vertraglich an eine neu gegründete Betriebsgesellschaft verpachtet. Teilhaber dieser Gesellschaft waren Baur (120.000 RM), Frau Annemarie Ross (70.000 RM) und Bieringer (10.000 RM). Der Gattin des bisherigen Besitzers wurde in dem Vertrag ein Rückkaufsrecht eingeräumt. So versuchte Ross, zumindest einen indirekten Zugriff auf seine Firma zu behalten. Bei Vertragsabschluss lagen noch keine exakten Richtlinien der Militärregierung zur Behandlung von Wirtschaftsvermögen vor; erst mit dem Gesetz Nr. 8 vom 26. September 1945 begann die systematische Entnazifizierung der Wirtschaft.³⁶

Zu ihrem großen Entsetzen wurden Ross, Baur und Bieringer zwischen 10. und 15. September – also noch vor dem Erlass des Gesetzes Nr. 8 verhaftet. Die Anklage gegen Ross lautete:

„Der Angeklagte wird beschuldigt, [sich] am oder um den 8. August 1945 mit Otto Bieringer und Walter Baur zusammengetan zu haben, um der Militärregierung den wahren Titel und die Leitung von Erich Ross' Fabrik zu verbergen.“³⁷

Die juristische Grundlage der Anklage war umstritten. Aber trotz aller Bemühungen der Verteidigung verhängte das Militärgericht am 5. Oktober 1945 und – nicht einstimmig – in zweiter Instanz am 16. Februar 1946 eine Gefängnisstrafe von einem Jahr und eine Geldstrafe von 50.000 RM gegen Erich Ross, gegen die beiden anderen eine von 10.000 RM. Aus gesundheitlichen Gründen wurden Ross und Baur vorzeitig aus der Haft entlassen. Dem Gesetz Nr. 8 entsprechend wurde die Firma Teroson unter Treuhänderschaft (property control) gestellt; die Geschäftsleitung übernahm als Treuhänder Karl Heinz Luig.³⁸ Ross' Haus in der Ziegelhäuser Landstraße wurde – wie viele Villen in Heidelberg, besonders in Neuenheim – von der US-Armee beschlagnahmt. Ross wohnte längere Zeit nicht in Heidelberg, sondern in einer bescheidenen Unterkunft in Hainstadt bei Buchen.

Die Spruchkammerverfahren gegen Erich Ross

Um die Jahreswende 1946/47 wurde das Spruchkammerverfahren gegen Erich Ross eröffnet. In einer ausführlichen Erklärung vom Februar 1947 nahm dieser zu seiner Rolle im NS-System Stellung und beantragte die Einstufung als „Mitläufer“. Er be-

schrieb seine wachsende Distanz zur NSDAP, seine Hilfe für politisch und rassistisch Verfolgte und belegte dies mit 18 Entlastungszeugnissen, „Persilscheinen“ – an erster Stelle dasjenige Josef Amanns. In seiner Selbsteinschätzung attestierte sich Ross sogar, „grundsätzlichen aktiven Widerstand gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft“ geleistet zu haben.³⁹ Diese Aussage lässt sich nicht belegen und muss als eine Schutzbehauptung gewertet werden, wie sie in Spruchkammerverfahren häufig geäußert wurde.

Der öffentliche Kläger, Rechtsanwalt Franz Ullrich, beantragte in der Klageschrift vom 28. Mai 1947 die Einstufung als „Minderbelasteter“ mit dem Hinweis auf Ross' frühen Parteieintritt und seine finanziellen Vorteile während der NS-Herrschaft. Es handele sich aber nicht um eine „Nutznießerschaft“ im streng juristischen Sinne, denn Ross habe weder seine politische Stellung noch seine politischen Beziehungen für die Steigerung seines Einkommens ausgenutzt. Die Spruchkammer Heidelberg, die für ihre milde Urteilspraxis bekannt war, entschied unter Vorsitz von Juraprofessor Walter Jellinek in einem schriftlichen Verfahren am 24. Juni 1947, Ross nur als „Mitläufer“ einzustufen und verhängte eine erstaunlich geringe Geldbuße von 1000 RM zugunsten des Wiedergutmachungsfonds. Die Kammer berücksichtigte die Aussagen der Entlastungszeugen – insbesondere die von Josef Amann. Mit der geringen Geldstrafe wollte sie Ross' Gegnerschaft zum NS-System würdigen, wie sie von den Zeugen vorgetragen worden war.⁴⁰ Dass sich eine Spruchkammer dem Antrag des Betroffenen bzw. seines Anwalts anschloss, war ausgesprochen ungewöhnlich und eher selten.

Aufschlussreich ist der Vergleich mit einem anderen Verfahren, das Anfang 1947 von derselben Spruchkammer mit demselben Vorsitzenden entschieden wurde. Der Backwarenfabrikant Jakob Lulay, bekannt als „Brezelbäcker“ aus der Weststadt, war 1937 aus wirtschaftlichen Gründen und politischem Druck in die NSDAP eingetreten. Sein „judenfreundliches“ Verhalten, seine Hilfe für Kriegsgefangene und seine Distanz zum NS-Regime erkannte die Kammer ebenso an, wie die Tatsache, dass seine Einkommenssteigerung nicht auf die Parteizugehörigkeit, sondern auf die positive Konjunktorentwicklung zurückzuführen sei. Lulay selbst, der im November 1945 von der US-Behörde als „beschäftigungswürdig“ anerkannt worden war und seinen Betrieb weiterführen durfte, hatte für sich die Einstufung als „Entlasteter“ beantragt; die Kammer entschied auf „Mitläufer“. Der Sühnebetrag wurde auf 1000 RM festgesetzt. Durch diesen geringen Betrag komme „zum Ausdruck, daß der Betroffene kein Mitläufer in des Wortes üblicher Bedeutung gewesen ist“. Trotzdem konnte sich die Kammer nicht zu einer Entlastung durchringen.⁴¹

Ross hatte im Jahre 1943 mit 651.000 RM ein zwölfmal höheres Einkommen als Lulay (53.700 RM) erzielt. Die Motive der Spruchkammer für die milde Einstufung von Ross und die geringe Geldbuße bleiben im Dunkeln: die größere „Prominenz“ des Fabrikanten Ross, bessere Anwälte oder die Aufweichung der Entnazifizierungskriterien im Laufe des Jahres 1947? Oder hatten die Mitglieder der Kammer die im Strafverfahren über Ross verhängte Haft trotz gegenteiliger Aussage unerschwerlich in ihre Überlegungen einfließen lassen?

Das milde Urteil stieß sofort auf Kritik. Der öffentliche Kläger legte Anfang August 1947 Berufung ein und der Betriebsrat der Firma erhob telegraphisch „schärfsten Protest“. Er verlangte eine mündliche Verhandlung und die Revision des Spruchs.⁴² Denn Ross

„hat in vergangenen Jahren neben seinen Millionengewinnen, die ihm durch Heeres- und Parteiaufträge zugeflossen sind, eine Ostarbeiterin der Gestapo ausgeliefert, die nicht mehr zurückkehrte. Er hat außerdem deutsche Angehörige wegen geringfügiger Vergehen, wie angeblichen Arbeitsvertragsbruchs usw. den Richtern ausgeliefert und Bestrafung verlangt. Er hat seine ausländischen Arbeiterinnen mit Arbeiten beschäftigt, die nicht einmal von deutschen männlichen Arbeitern verrichtet werden. Er hat dazu engen Kontakt mit den Parteiinstanzen gepflogen und im übrigen alles getan, das ihn als Aktivisten kennzeichnet.“⁴³

Die örtlichen NS-Größen habe er zu den Betriebsfeiern eingeladen. In einer Liste für den Einsatz im Volkssturm sei Ross als Letzter aufgeführt worden, was das Risiko einer Einberufung so gut wie ausschloss.

Dieser Stellungnahme fügte der Betriebsrat eine Reihe von Schriftstücken bei, die zum Teil aus den Unterlagen der Firma stammten und Ross belasten sollten. Initiator war Franz Kappler, der damalige Personalchef, Einkaufsleiter und Vertrauensmann des Treuhänders. Er hatte den Betriebsrat vorgeschoben, um eine schärfere Einstufung von Ross zu erreichen. Der Betriebsratsvorsitzende Herbert Berger war in dieser Zeit in Urlaub; nach seiner Rückkehr erklärte er sich mit dem Vorgehen seiner Betriebsratskollegen nicht einverstanden.⁴⁴ Die Ereignisse deuten darauf hin, dass sich in der Firma zwei „Fraktionen“ gebildet hatten, von denen eine die Rückkehr von Erich Ross an die Spitze von Teroson verhindern oder verzögern wollte. Denn unter Betriebsangehörigen wurde die angebliche Aussage von Erich Ross verbreitet, der sich damals um die Rückgabe seiner Firma bemühte: „Herr Ross würde – nach Beendigung der Treuhänderschaft – auch einen Grossteil sämtlicher Leute entlassen, vor allen Dingen die alten Nazis, die noch im Betrieb sind.“⁴⁵ Kappler wurde im Januar 1948 auf Weisung der amerikanischen und deutschen Behörden entlassen, da er seine Parteimitgliedschaft und seine Vorstrafen verheimlicht hatte.⁴⁶

Die Entscheidung der Spruchkammer von 1947 stieß auch in der Öffentlichkeit auf Widerspruch. Insbesondere wegen des Falles Melnek forderte das Ukrainische Kulturkomitee eine strengere Bestrafung von Ross.⁴⁷ Im Berufungsverfahren wurde Ross von den Rechtsanwälten Otto Bieringer und Richard Hofert vertreten – letzterer war ein vielbeschäftigter Anwalt in Spruchkammerverfahren. Sie legten fast 50 (!) Entlastungszeugnisse vor.⁴⁸ Nach Anhörung der Beteiligten – Erich Ross und der Betriebsratsmitglieder – wies die Berufungskammer Karlsruhe unter dem Vorsitz des Heidelberger Rechtsanwalts Helmuth Schubert am 3. Juli 1948 den Einspruch zurück und bestätigte die erstinstanzliche Entscheidung („Mitläufer“).⁴⁹ Nach der Lockerung der Entnazifizierungspraxis durch das Gesetz vom 7. Februar 1948 war nicht zu erwarten gewesen, dass der Spruch der ersten Instanz korrigiert und Ross als „Minderbelasteter“ eingestuft werden würde. Die bloße Mitgliedschaft in der NSDAP reichte dazu nach den neuen Bestimmungen nicht mehr aus. Unter Berufung auf das Gutachten des Wirtschaftsprüfers Karl Kastner wies die Kammer die Anschuldigung zurück, Ross habe als Parteimitglied vom NS-System profitiert. Nachdem die Kammer die Vorwürfe des Betriebsrates geprüft hatte, wertete sie Ross' Verhalten gegenüber der DAF und der NSDAP als notwendige äußerliche Anpassung an das Regime. Das vom Betriebsrat 1947 vorgelegte Belastungsmaterial sei nicht geeignet, die positive Einschätzung von Ross zu erschüttern. Bei der Behandlung der Zwangsarbeiter und im Fall Melnek habe er sich nicht persönlich schuldig gemacht. Abschließend urteilte die Spruchkammer: „Der Betroffene war

[...] seit etwa 1933/34 zum bewussten Gegner des Nationalsozialismus geworden.⁵⁰ Damit war das Entnazifizierungsverfahren von Ross endgültig abgeschlossen.

Ausblick: Expansion in der Zeit des „Wirtschaftswunders“

Die finanzielle Lage von Erich Ross war 1948/49 noch so schlecht, dass er darum bat, die aufgelaufenen Verfahrenskosten in Raten abzuzahlen.⁵¹ Gleichzeitig brachte ihm dieses Jahr die Chance eines Neubeginns: Währungsreform, Abschluss des Entnazifizierungsverfahrens, Ende der Treuhänderschaft, Wiedereinsetzung als Inhaber und Firmenchef von Teroson. Wie andere Unternehmer nutzte Ross, der seine unternehmerische Dynamik nicht verloren hatte, die Gunst der Stunde. Nach zögerlichem Start stieg der Umsatz der Firma von 3,5 Millionen DM (1951/52) auf 52 Millionen DM (1963), also auf das 16-fache, an. Die Investitionen zwischen 1948 und 1963 beliefen sich auf 23 Millionen DM.⁵² 1950 arbeiteten 166 Mitarbeiter in der Firma, 1951 223, 1960 472, 1963 ca. 1100 und 1970 1350 Menschen in der Firmengruppe.

Im Konjunkturaufschwung der 1950er Jahre konzentrierte sich die Firma auf zwei Produktbereiche: Bauchemie und Autochemie. Das 1953 eröffnete Zweigwerk in Schönau, die „Odenwald-Chemie“, produzierte vor allem Materialien zur Abdichtung im Baubereich; in der Autochemie dominierten die Produkte zum Unterbodenschutz und zur Geräuschkämpfung. „Teroson“ wurde geradezu zu einem Synonym für den Unterbodenschutz in der wachsenden KFZ-Branche. Das Betriebsgelände im Pfaffengrund wurde dazu bis 1970 um die doppelte Fläche erweitert.⁵³ Im Zuge der Internationalisierung wurden Anfang der 1960er Jahre Tochterunternehmen in Frankreich (1961), Spanien (1962), Peru und Argentinien gegründet. Das außereuropäische Engagement von Erich Ross hatte allerdings keinen Bestand.

Die günstige Firmenentwicklung und ein dreifaches Jubiläum (65 Jahre seit der Gründung 1898, 10 Jahre Odenwald-Chemie, 30 Jahre seit der Übernahme der Geschäftsführung) veranlassten Erich Ross im Dezember 1963 zur Gründung einer Stiftung über 100.000 DM zugunsten der Universität Heidelberg. Mit der einen Hälfte sollte die Forschungsarbeit am Chemischen Institut, mit der anderen Hälfte Studenten der Chemie gefördert werden.⁵⁴ Als Anerkennung dafür und für die Stiftung eines Gewächshauses im Botanischen Garten wurde ihm 1967 der Titel eines Ehrensenators der Universität Heidelberg verliehen.

Inzwischen hatten sich die Eigentumsverhältnisse der Teroson-Werke geändert. Da das Eigenkapital für weitere Investitionen und Expansionen fehlte und Ross keine Aktiengesellschaft gründen wollte, verkaufte



Werbegrafik für Terosonprodukte (Quelle: 90 Jahre, wie Anm. 1, S. 5)

er sein Unternehmen zum Jahresbeginn 1965 an den amerikanischen Konzern W. R. Grace & Co. Schließlich übernahm 1991 die Henkel-Gruppe die Teroson-Werke; seit 1996 heißt das Unternehmen Henkel Teroson. Die Odenwald-Chemie blieb weiterhin im Besitz und zunächst auch unter der Leitung von Erich Ross. Vor knapp 20 Jahren trat die Firma Henkel Teroson der „Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ bei und bekannte sich so zur Beteiligung an der Zwangsarbeit im Dritten Reich.⁵⁵

Fazit

Das vorliegende gedruckte Material über die Entwicklung von Teroson und die Rolle von Erich Ross zeichnet sich durch eine recht unkritische und firmennahe Darstellung aus: Die 1930er Jahre werden als Erfolgsgeschichte gefeiert, die Schwierigkeiten der Kriegs- und Nachkriegszeit überzeichnet. Das Protestschreiben des Betriebsrates aus dem Jahre 1947 bot erste Hinweise darauf, was die offiziöse Erzählung verschweigt. So sehr man die Erregung des Betriebsrates über die allzu milde Einstufung von Ross im ersten Spruchkammerverfahren als „Mitläufer“ nachvollziehen kann, so wenig lassen sich alle dort geäußerten Vorwürfe als objektive Wiedergabe der Wirklichkeit werten. Sie sind vielmehr von der Intention geprägt, eine schlechtere Einstufung von Ross zu erreichen und ihn damit weiterhin vom Betrieb fernzuhalten. Notwendige Korrekturen zu diesem Bild konnten anhand seiner Entnazifizierungsakte vorgenommen werden.

Obwohl Parteimitglied seit 1930, war Ross alles andere als ein aktiver oder gar fanatischer Nationalsozialist. Im Betrieb ließ er eine gewisse Distanz zum Nationalsozialismus zu; nach außen arrangierte er sich mit dem herrschenden System. Seine Parteimitgliedschaft brachte er dann ins Spiel, wenn sie seinen unternehmerischen Zielen förderlich war. In derselben Absicht suchte er den formellen Kontakt zu örtlichen NSDAP-Funktionären. Ohne Zweifel war er ein Nutznießer des NS-Regimes, d.h. als Unternehmer profitierte er von Wirtschaftsaufschwung, Aufrüstung und Kriegswirtschaft in erheblichem Ausmaß. In einer Art Kollaboration verfolgten beide Seiten komplementäre Interessen: Das Unternehmen lieferte dem Staat die kriegswirtschaftlich wichtigen Produkte, der Staat ermöglichte dem Privatunternehmer wachsende Gewinne.

Schon aus Eigeninteresse, um die Produktion reibungslos aufrecht zu erhalten, behandelte Ross seine Arbeiter als sozial engagierter und patriarchalisch handelnder Firmenchef. Der Einsatz und die Ausbeutung der Zwangsarbeiterinnen und Kriegsgefangenen sicherten die Kriegsproduktion der Firma und verschafften Ross hohe Gewinne. Andererseits vermied er gegenüber den ausländischen Arbeitskräften übermäßige Härten. Auch im umstrittenen Fall Melnek lässt sich ihm keine persönliche Schuld und Grausamkeit nachweisen. Im Betrieb waren einige vom System diskriminierte Menschen beschäftigt; hier handelte Ross durchaus als „Helfer“. Daraus aber abzuleiten, er habe Widerstand gegen das NS-Regime geleistet, ist nicht gerechtfertigt. In seinem Verhältnis zum Nationalsozialismus gibt es also kein Schwarz-Weiß; es überwiegen die Grautöne. Eine Einstufung im ersten Spruchkammerverfahren als „Minderbelasteter“ wäre wohl angemessen gewesen. Dass Ross eine größtenteils selbstverschuldete mehrmonatige Haftstrafe ableisten musste und

mehr als drei Jahre von seiner Firma ausgeschlossen war, ist freilich eine größere Sühneleistung als die Einstufung in eine höhere Entnazifizierungskategorie.

Beim Ausbau der Firma von einem kleinen handwerklichen Familienbetrieb zu einem mittelständischen Industrieunternehmen in den 1930er Jahren zeigte er dieselben Unternehmereigenschaften – Risikobereitschaft, Dynamik, Zielstrebigkeit, aber auch Anpassungsfähigkeit – wie beim Wiederaufbau von Teroson nach 1948 zu einer international tätigen Firma. In seinem Denken und Handeln in zwei politischen Systemen ist er durchaus charakteristisch für viele mittelständische Unternehmer.

Anmerkungen

- 1 Oliver Müller: Theodor Roß und Sohn (TEROSON). Mit Autochemie zum Erfolg, in: Peter Blum (Hg.): Pioniere aus Technik und Wirtschaft in Heidelberg (Sonderveröffentlichungen des Stadtarchivs Heidelberg. Nr. 12), Aachen 2000, S. 54–63, hierzu S. 55–61; 90 Jahre Teroson. Information für Mitarbeiter von Teroson. Juli 1988 (Archivum 128/204), S. 1–4. Vgl.: Auch die Teroson-Werke können mit Freude und Stolz zurückblicken, in: Die Brücke. Jubiläumssheft der Teroson-Werke GmbH und der Odenwald-Chemie GmbH. H. 16, Heidelberg Dezember 1963. Außerdem Materialien zur Firmengeschichte in Kopie, bes. ab 1950, im Stadtarchiv Heidelberg (StAH), KLE 106. Das Zitat in der Überschrift ist in Anm. 11 belegt.
- 2 Schriftwechsel in StAH AA 281/35/9. Die Standorte der Firma in Heidelberg sind mit den Heidelberger Adressbüchern abgeglichen.
- 3 90 Jahre (wie Anm. 1), zit. auch bei Müller (wie Anm. 1), S. 59.
- 4 Peter Blum: Aufbruch aus der Krise. Heidelbergs später Weg zu aktiver Industriepolitik, in: Jörn Bahns (Hg.): Zwischen Tradition und Moderne – Heidelberg in den 20er Jahren. Ausstellungskatalog, Heidelberg 1994, S. 35–48, bes. S. 45f. Vgl. auch Wolfgang Zimmermann: Siedlung und Wirtschaft im Vorort Pfaffengrund bei Heidelberg. Diplomarbeit Wirtschaftshochschule Mannheim WS 1964/65, MS, S. 20–38.
- 5 Müller (wie Anm. 1), S. 60.
- 6 90 Jahre (wie Anm. 1), S. 3.
- 7 Auch die Teroson-Werke (wie Anm. 1), [S. 3].
- 8 Müller (wie Anm. 1), S. 61.
- 9 Herbert Hoffmann: Im Gleichschritt in die Diktatur. Die nationalsozialistische „Machtergreifung“ in Heidelberg und Mannheim, 1930 bis 1936. Phil. Diss. Heidelberg 1982, Frankfurt a.M. u.a. 1985, S. 69–71, 223f.
- 10 Stellungnahme Erich Ross an die Spruchkammer Heidelberg 27.2.1947 in der Spruchkammerakte Erich Ross (SpK) im Generallandesarchiv Karlsruhe (GLA) 465q Nr. 6996, S. 7–17, Zitat S. 1. Die weitere Darstellung basiert vor allem auf der Auswertung dieser Akte.
- 11 SpK, S. 9.
- 12 SpK, S. 11.
- 13 Gutachten des Wirtschaftstreuhanders und vereidigten Buchprüfers Karl Kastner 7.6.1948 (SpK, S. 219–231, Zahlenangaben ebd., S. 223 und 225).
- 14 Hermann Zieger 12.5.1947 (SpK, S. 40); vgl. ebd., S. 173.
- 15 90 Jahre (wie Anm. 1), S. 3; Halbjahresbericht der Firma Teroson an die DAF 24.7.1942 (SpK B, S. 27); Alice Habersack: Fremdarbeiter in Heidelberg während des Zweiten Weltkriegs (Buchreihe der Stadt Heidelberg. XVI), Heidelberg 2013, S. 335.
- 16 Hugo Stemberg 15.2.1947 (SpK, S. 35) und Albert Nähr 16.2.1947 (ebd., S. 71).
- 17 SpK, S. 191 Hauskauf am 4.8.1936. Zur Geschichte des Hauses: Landesamt für Denkmalpflege Baden-Württemberg (Hg.): Kulturdenkmale in Baden-Württemberg. Bd. II. 5. 2: Stadtkreis Heidelberg, Teilband 2, Ostfildern 2013, S. 372 und Michael Buselmeier: Literarische Führungen durch Heidelberg. Eine Stadtgeschichte im Gehen, Heidelberg 42016, S. 293f. (1911–1917 hielt sich Ernst Bloch in der Villa auf).
- 18 DAF 19.5.1941 (SpK, B 8e). Zahlen im Halbjahresbericht 1942 (wie Anm. 15).
- 19 Halbjahresbericht an die DAF 24.7.1942 (wie Anm. 15).

- 20 Hugo Stemberg 20.11.1947 (SpK, S. 42) und 5.11.1947 (ebd., S. 33). Laut Liste vom Mai 1945 war Stemberg NSDAP-Mitglied (StAH AA 239 b 9d, Liste C Nr. 745).
- 21 Joachim Scholtzseck: Freudenberg. Ein Familienunternehmen in Kaiserreich, Demokratie und Diktatur, München 2016, hier S. 313–320. Die Studie bietet eine Fülle von Anregungen über die regionale Wirtschaftsgeschichte hinaus.
- 22 Entwurf 13.12.1943 (SpK B 1).
- 23 Protokoll und Spruch der Berufungs-Spruchkammer Karlsruhe 3.7.1948 (SpK, S. 319ff., hier S. 321 und 335).
- 24 Spruchkammerakte Wilhelm Merle (GLA 465q 2908). Nachruf auf Merle in: Die Brücke. Werkzeitschrift Teroson-Werke GmbH. Odenwald-Chemie GmbH. Nr. 8, Dez. 1961 und Die Brücke. Jubiläumsschrift (wie Anm. 1).
- 25 SpK, S. 3–45. Amann 23.11.1946 (ebd., S. 3 und 21). Vgl. RNZ 25.5.1946, S. 2: Die vier Spitzenkandidaten zur Stadtratswahl.
- 26 Ulrich Herbert: Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge, München 2001, S. 136–166, Zahlenangaben S. 146, Zitat S. 154.
- 27 Habersack (wie Anm. 15), S. 335, 343; die Verpflegung der Zwangsarbeiter ist an Beispielen dokumentiert ebd., S. 133–162 (Ostarbeiter ab S. 146).
- 28 Edmund Schneider 5.11.1947 (SpK S. 33).
- 29 Henri Viot und Maurice Wechsler 2.3.1948 (SpK, S. 235–237). Ähnlich Josef Amann und Hanns Haaf 4.12.1947, Prokurist Albert Nähr 8.12.1947, Angestellte Liselotte Martin 14.9.1947, Betriebsarzt Hugo Zeitz 24.8.1947, Arbeiter Hans Pritzius (auch Pricius) 3.7.1948 (ebd., S. 21, 14a, 23, 18, 39, 321).
- 30 Unterlagen des Betriebsrates 15.4.1947 (SpK, B S. 4, 13).
- 31 Hugo Stemberg 20.11.1947 (SpK, S. 42f.), Albert Nähr 8.12.1947 (SpK, S. 23 und 23a), Edmund Schneider 8.1.1948 (SpK, S. 34a).
- 32 Merkblatt in der Gedenkstätte für Zwangsarbeit in Leipzig, zit. in: Natascha Wodin: Sie kam aus Mariupol, Reinbek bei Hamburg ⁸2017, S. 264.
- 33 Hugo Stemberg 20.11.1947 (SpK, S. 42, Text S. 3) und Edmund Schneider 5.11.1947 (SpK, S. 33). Einige Informationen zu Maria Melnek im StAH (Zwangsarbeiter. Russland. Mappe 103, Bl. 57–59): geb. 4.7.1916 in Kremana/Horodok, vom 18.5.1942 bis 10.3.1943 bei Teroson. Im Online-Archiv des Internationalen Zentrums über NS-Verfolgung/Arolsen Archives ist kein Eintrag vorhanden, der zu Person und Geburtsdatum passt.
- 34 Eidesstattliche Erklärung Hans Pritzius 10.4.1947 (SpK, B 11).
- 35 Hierzu Marchivum 24/1972a Nr. 540: Korrespondenz Cahn-Garnier, insbes. Baur an Cahn-Garnier 31.3.1946; Ross 27.2.1947 (SpK, S. 15f.) und Gnadengesuch seiner Rechtsanwältin 22.11.1946 (SpK, S. 81–85).
- 36 Zur Entnazifizierung der Industrie in Heidelberg StAH AA 408, 21 und Friederike Reutter: Heidelberg 1945–1949. Zur politischen Geschichte einer Stadt in der Nachkriegszeit (Buchreihe der Stadt Heidelberg. Bd. V), Heidelberg 1994, S. 91f.
- 37 Anklageschrift 29.9.1945 (Marchivum 24/1972a Nr. 540).
- 38 SpK, S. 38.
- 39 Ross an Spruchkammer Heidelberg 27.2.1947, S. 17 (SpK, S. 7–17). Die Entlastungszeugnisse ebd., S. 21ff.
- 40 Klageschrift 28.5.1947 (SpK, S. 109) und Spruchkammer 24.6.1947 (ebd., S. 115–118); vgl. StAH Mitteilung Entnazifizierung Erich Ross 1947/48. Zur Entnazifizierungspraxis der Heidelberger Spruchkammer Angela Borgstedt: Entnazifizierung in Karlsruhe 1946 bis 1951. Politische Säuberung im Spannungsfeld von Besatzungspolitik und lokalpolitischem Neuanfang (Karlsruher Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus. 5), Konstanz 2001, S. 101ff. Grundlegend Clemens Vollnhals, Thomas Schlemmer (Hgg.): Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitation in den vier Besatzungszonen 1945–1949 (dtv Dokumente), München 1991.
- 41 Spruch der Spruchkammer Heidelberg Jakob Lulay 18.1.1947 (StAH). Zur Firmengeschichte vgl. Volker von Offenberg: Brezeln aus Heidelberg. Die „Badische Brezelfabrik Gebr. Lulay“ in der Weststadt (1921–1976), in: Heidelberg. Jahrbuch zur Geschichte der Stadt. Jg. 20, 2016, S. 221–231, hierzu S. 223f.

- 42 Berufung des öffentlichen Klägers und Telegramm des Teroson-Betriebsrates 4.8.1947 (SpK, S. 121–124).
- 43 Betriebsrat an den Verein der Verfolgten des Naziregimes August 1947, in: Peter Merz (Bearb.): *Damit nichts bleibt wie es ist. Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Heidelberg 1845–1949*, Heidelberg 1986, S. 305. Ausführlicher Bericht des Betriebsrates 12.8.1947 (SpK, S. 133–135, 155–215). Die vom Betriebsrat vorgelegten Unterlagen sind gesondert in der Spruchkammerakte mit der Bezeichnung B zusammengefasst.
- 44 Aussagen der Betriebsratsmitglieder im Protokoll der Berufungskammer Karlsruhe 3.7.1948 (SpK, S. 321–323).
- 45 Aussage von Ilse Späth 10.3.1947, zit. im Spruch der Berufungskammer Karlsruhe 3.7.1948 (SpK, S. 336).
- 46 Rechtsanwälte Geiler, Zutt, Schilling [Febr. 1948], (SpK, S. 285f.).
- 47 Ukrainisches Kulturkomitee 10.9.1947 (SpK, S. 159).
- 48 Bieringer, Hofert 24.2.1948 (SpK, S. 251ff.); zu Hofert vgl. Borgstedt (wie Anm. 40), S. 154.
- 49 Spruch der Berufungskammer Karlsruhe 3.7.1948 (SpK, S. 333–336).
- 50 Ebd., S. 336.
- 51 Ross 4.2.1949 (SpK, S. 349).
- 52 Zur Firmenentwicklung nach 1948: 90 Jahre (wie Anm. 1), S. 3ff.; Redemanuskript Erich Ross 7.12.1963, in: *Die Brücke*. H. 16, 1963 (wie Anm. 1), S. 2–6. Knapper Überblick bei Müller (wie Anm. 1), S. 61–63.
- 53 Lageplan in: 90 Jahre (wie Anm. 1) S. 9 und in: StAH KLE 106.
- 54 Redemanuskript Erich Ross (wie Anm. 52), S. 8.
- 55 <https://www.stiftung-evz.de/stiftung/geschichte/entstehung/präambel.html> (Aufruf 25.3.2020).



www.swhd.de

*für wissensdurstige
für kulturhungrige
für dich*

Wir versorgen Heidelberg,
auch mit Bildung und Kultur.
Mehr unter www.swhd.de

stadtwerke
heidelberg 

Zukunft gestalten, nachhaltig investieren.

Mit Heidelberg Nachhaltigkeit Globale Aktien.

Unterschätzen Sie die Zukunft nicht.

 Sparkasse
Heidelberg

 Deka
Investments

Lassen Sie sich
jetzt beraten.



DekaBank Deutsche Girozentrale. Allein verbindliche Grundlage für den Erwerb von Deka Investmentfonds sind die jeweiligen Wesentlichen Anlegerinformationen, die jeweiligen Verkaufsprospekte und die jeweiligen Berichte, die Sie in deutscher Sprache bei Ihrer Sparkasse oder von der DekaBank Deutsche Girozentrale, 60625 Frankfurt und unter www.deka.de erhalten.

 Finanzgruppe

